



Foto: Herbert Schlemmer

Im Rahmen einer Pressekonferenz hat SoVD-Präsident Adolf Bauer (rechts, mit SoVD-Pressesprecher Benedikt Dederichs, links im Bild) eine klare Position zum sozialen Kernproblem „Kinderarmut“ bezogen.

Hintergrund

Zahlen und Fakten zum Thema „Kinderarmut“

Obwohl Deutschland zu einem der reichsten Länder weltweit gehört, sind hierzulande Millionen von Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, davon in immer stärkerem Maße Kinder und Jugendliche. Armut ist komplex und jeweils in Relation zum sozialen Umfeld eines Menschen zu sehen. Die nachfolgenden Auszüge von Zahlen und Fakten aus dem SoVD-Forderungspapier zur Bekämpfung von Kinderarmut geben einen Überblick zu den verschiedenen miteinander in Bezug stehenden Bereichen.

- **Armut/Definition:** Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat, gilt in Deutschland als armutsgefährdet. Derzeit sind dies 1 652 Euro netto für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren.
- **Kinderarmut:** In Deutschland sind 2,5 Millionen Kinder, das heißt jedes sechste Kind, armutsgefährdet. Danach sind Kinder und Jugendliche im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch von Armut betroffen. Nach dem 3. Armutsbericht der Bundesregierung (2008) liegt das Armutsrisiko bei Familien mit drei Kindern bereits bei knapp 22 Prozent, bei vier Kindern und mehr bei 36 Prozent.
- **Armut und Alleinerziehende:** Bei der Personengruppe der Alleinerziehenden (zu 90 Prozent Frauen) beziehen 42 Prozent Hartz-IV-Leistungen.
- **Armut und Migration:** Kinder aus Migrationsfamilien tragen ein besonders hohes Armutsrisiko. 19 Prozent der erwerbsfähigen Migrantinnen und Migranten beziehen Grundsicherung für Arbeitssuchende. Dieser Anteil ist doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund.
- **Armut und Arbeitslosigkeit:** Kinderarmut ist eng verknüpft mit Elternarmut, die grundsätzlich zu beseitigen ist. Auch wenn die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten gesunken ist, muss bei einer Quote von 7,7 Prozent und einer Arbeitslosenzahl von 3,24 Millionen weiterhin von einer hohen Arbeitslosigkeit gesprochen werden.
- **Armut und Niedriglöhne:** Nach den aktuellen Zahlen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) arbeiten in Deutschland insgesamt 6,5 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen. Im Durchschnitt liegt der Bruttostundenlohn der Betroffenen bei 7,12 Euro in West- und 5,43 Euro in Ostdeutschland. Zwei Drittel der Geringverdiener sind Frauen.
- **Armut und Lohndiskriminierung:** In Deutschland verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen – im Durchschnitt sind es rund 23 Prozent weniger. Nach wie vor ist die Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, mit ursächlich für diese ungerechte Verteilung von Einkommen.
- **Armut und soziale Herkunft:** In keinem anderen Land haben die Kinder aus sozial schwachen Familien so viel schlechtere Bildungschancen als Gleichaltrige aus den oberen Kreisen. Besonders betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund. Fast ein Drittel der jetzt 20- bis 30-Jährigen hat keinen Bildungsabschluss. Bei Frauen türkischer Herkunft in dieser Altersgruppe sind es sogar 47,5 Prozent.
- **Armut und Chancengleichheit:** Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern für alle Kinder zugänglich sein. Mit seiner Entscheidung vom 9.2.2010 hat das BVerfG verdeutlicht, dass die bisherige Festsetzung der Regelleistung gegen die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip verstößt. Eine Verwirklichung der Pläne der Bundesregierung, Hartz-IV-Empfängern mit Kindern das Elterngeld von 300 Euro im Monat zu streichen, wird die finanzielle Not armer Familien noch weiter verschärfen.
- **Armut und Behinderung:** Behinderung und Armut stehen in einer engen Wechselwirkung zueinander. An den Förderschulen für lernbehinderte Kinder sind überproportional viele Kinder aus armen und sozial benachteiligten Familien vertreten. Mehr als 77 Prozent der behinderten Kinder aus Förderschulen bleiben ohne einen anerkannten Schulabschluss und sind damit erneut Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt.

SoVD stellt Positionspapier mit konkreten Maßnahmen vor

Kinderarmut bekämpfen – Chancengleichheit verwirklichen

Nachhilfestunden, neue Bekleidung oder der Monatsbeitrag für den Sportverein – für die Eltern von Millionen von Kindern sind die Kosten dafür nicht aufzubringen. Denn etwa jedes sechste Kind in Deutschland lebt von Hartz IV. Mit dem Forderungspapier „Kinderarmut bekämpfen – Chancengleichheit verwirklichen“, das SoVD-Präsident Adolf Bauer jetzt im Rahmen einer Pressekonferenz vorstellte, hat der Verband im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung klare Position zu einem sozialen Kernproblem bezogen: Rund 2,5 Millionen Kinder in unserer Gesellschaft sind arm!

Vor allem Kinder von Alleinerziehenden, aus Migrationsfamilien und aus Familien mit mehr als drei Kindern seien betroffen, erklärte Adolf Bauer. Es bestehe daher ein „enormer Handlungsbedarf“, um dieser Entwicklung wirkungsvoll entgegenzutreten und sie zurückzudrängen.

Das SoVD-Forderungspapier schlägt konkrete Maßnahmen vor. Die Lösungsansätze zielen auf eine ineinandergreifende Vorgehensweise der Familien-, Bildungs-, und Gesundheitspolitik sowie der Jugendhilfe und Sozialpolitik ab. Das Spektrum reicht von aktiver Arbeitsmarktpolitik über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu einer verbesserten frühkindlichen Förderung in Betreuungseinrichtungen. So fordert der Verband unter anderem einen flächendeckenden Ausbau der Kleinkinderbetreuung sowie mehr Ganztagschulen. Die Kinderbetreuung sollte dem Positionspapier nach ebenso kostenlos sein wie die Lehrbücher in den Schulen.

Kinderarmut ist eng verknüpft mit Elternarmut
Zudem fordert der SoVD eine bedarfsgerechte Neubemessung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und

Jugendliche sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (Siehe hierzu auch die aktuellen politischen Entscheidungen, u.a. Bericht auf Seite 1).

„Kinderarmut ist eng verknüpft mit Elternarmut, deshalb muss grundsätzlich die Armut der Eltern beseitigt werden“, erklärte Adolf Bauer deutlich. In diesem Zusammenhang sei auch das Sparpaket der Bundesregierung zu sehen, das nach Auffassung des Verbandes vielmehr ein Kürzungspaket sei. Insbesondere die Streichung von 300 Euro Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger mit Kindern werde jedoch deren Not erneut verschärfen.

Wechselwirkung zwischen Behinderung und Armut

Der SoVD-Präsident machte außerdem den Zusammenhang von Armut mit der Gesundheit von Kindern deutlich: „Bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien werden bereits vor der Einschulung vermehrt Gesundheitsstörungen festgestellt.“ Auch Behinderung und Armut stünden in einer engen Wechselwirkung zueinander: „An den Förderschulen für lernbehinderte Kinder sind Kinder aus armen und sozial benachteiligten Familien überproportional vertreten.“ Der SoVD fordere aus

diesem Grund seit langem, das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder zu verwirklichen. Dabei müsse jedes Kind die seinen Bedürfnissen entsprechende Förderung erhalten, damit verbesserte Bildungschancen ermöglicht würden, so Bauer.

Bildungschancen und Lebensumfeld entscheidend

Die aufgezeigten Zusammenhänge zeigen deutlich, wie komplex das Thema „Kinderarmut“ ist: Nicht allein die materielle Absicherung sind hierbei von Bedeutung, sondern auch das Lebensumfeld und die Bildungsmöglichkeiten sind entscheidend für die Entwicklung und Teilhabe von Kindern. Dabei erscheint es besonders prekär, dass sich – so Bauer – der Verarmungsprozess von Millionen von Menschen „in einem Staat vollzieht, der zu den wohlhabendsten weltweit gehört“. Aus Sicht des Verbandes kann deshalb allein ein starker Sozialstaat die Grundlage dafür bieten, dass alle Kinder gleiche Startchancen haben.

veo

Das Forderungspapier „Kinderarmut bekämpfen – Chancengleichheit verwirklichen“ ist auf der Internetseite www.sovd.de abrufbar.

Anderthalb Milliarden Euro zusätzliche Ausgaben in 2009

Arzneimittelpreise steigen weiter an

Gegen die steigenden Arzneimittelausgaben innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) will die schwarz-gelbe Koalition entsprechende Maßnahmen ergreifen. Der Entwurf des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) geht jedoch aus Sicht des SoVD nicht weit genug und führt zur Belastung von Patienten.

Der aktuelle Arzneimittelverordnungsreport belegt einen ungebremsten Anstieg der Kosten für Medikamente innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – im ersten Quartal dieses Jahres bereits um fast 5 Prozent. Das Fazit des Berichtes: Es hätten sich 9,4 Milliarden Euro einsparen lassen, ohne dass sich dadurch Nachteile für Patienten ergeben hätten.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes will die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP auf die-

se Entwicklung reagieren und nach eigener Aussage für mehr Wettbewerb und Transparenz sorgen. Unter anderem soll etwa die Pharmaindustrie künftig verpflichtet werden, den Nutzen neuer Arzneimittel nachzuweisen und den Erstattungspreis mit dem GKV-Spitzenverband zu vereinbaren. Ferner soll es Patienten ermöglicht werden, gegen Zuzahlung auch solche Medikamente zu erhalten, die nicht den zwischen der Pharmaindustrie und den Krankenkassen geschlossenen Rabattverträgen unterliegen.

Der SoVD begrüßt die grundsätzliche Absicht der Bundesregierung, die Ausgabensteigerungen im Bereich der Arzneimittel in den Griff zu bekommen. Allerdings sind die bisher diskutierten Maßnahmen nach Ansicht des Verbandes nicht zielführend und gehen nicht weit genug. So fordert der SoVD im Hinblick auf eine größere Transparenz, dass zur Feststellung der Verordnungsfähigkeit neuer, patentgeschützter Medikamente alle Studien herangezogen werden – nicht nur solche, die vom Hersteller ausgewählt wurden. Erstrebenswert wäre die Einrichtung eines öffentlichen Studienregisters.

Zudem setzt sich der SoVD dafür ein, dass der Preis neuer Medikamente erst im Anschluss an eine Schnellbewertung festgesetzt wird. Maßgebend sollte hierfür deren Zusatz- bzw. Mehrnutzen gegenüber der Vergleichstherapie sein. Dadurch ließe sich vermeiden, dass Pharmafirmen selbstgebildete Preise als künftige Verhandlungsgrundlage am Markt einführen.

Rabattverträge haben bisher zu sinkenden Arzneimittelpreisen geführt. Die geplante Mehrkostenregelung, wonach Patienten gegen Zuzahlung auch Produkte erhalten, für die es keine entsprechenden Verträge gibt, führt zu einer weiteren Belastung der gesetzlich Versicherten und gefährdet letztlich die bisher erzielten Einsparungen. job



Foto: Udo Kroener/fotolia

Schon jetzt haben GKV-Versicherte die Zuzahlung bei Medikamenten zu tragen, steigende Preise für Arzneimittel belasten sie zusätzlich.